

Vorlage Nr. 101.20.168

Koordination Tiefbauarbeiten in Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, den Amtsleiter des Straßen- und Tiefbauamtes in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr einzuladen um über folgende Fragen zu berichten:

Aktueller Stand von Tiefbauarbeiten in Kassel:

1. Welche Tiefbauarbeiten (Straßenbau, Kanalbau, Fernwärme, Stromnetzausbau, Glasfaserausbau, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung etc.) werden derzeit von welchen Akteuren (z. B. Städtische Werke, Energieversorger, Telekommunikationsunternehmen, Wasser- und Abwasserbetriebe, Fernwärmebetreiber) in Kassel durchgeführt?
2. In welchen Straßen oder Quartieren überschneiden sich die Baustellen verschiedener Akteure?
3. Wie viele Fälle von mehrfachen Aufgrabungen derselben Straße oder desselben Gehwegs durch verschiedene Akteure sind in den letzten 24 Monaten dokumentiert?

Bestehende Koordinationsmechanismen:

4. Gibt es bereits formelle oder informelle Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen Akteuren bezüglich der Planung und Durchführung von Tiefbauarbeiten im öffentlichen Raum?
5. Welche Rolle spielt die Stadt Kassel derzeit bei der Koordination von Tiefbaumaßnahmen im öffentlichen Raum (z. B. durch das Straßenverkehrs- und Tiefbauamt)?
6. Welche Genehmigungsverfahren gelten für Straßenaufbrüche im Zusammenhang mit Tiefbauarbeiten?
7. Wie wird das von Amtsleiter Georg Förster beschriebene „Baustellen-Tetris“ konkret organisiert?

8. Welches Einsparpotenzial (Kosten, Verkehrsbehinderungen, Belastungen für Anwohnende) besteht durch eine systematische Koordination der Tiefbauarbeiten?
9. Welche technischen Möglichkeiten gibt es, Tiefbauarbeiten zu bündeln (z. B. gemeinsame Kabelgräben, Leerrohrsysteme)?
10. Gibt es bereits Positivbeispiele gebündelter Arbeiten in Kassel (wie aktuell in der Kohlenstraße)?

Handlungsoptionen für die Stadt Kassel:

11. Welche rechtlichen und administrativen Möglichkeiten hat die Stadt, eine verbindliche Koordination der Tiefbauarbeiten durchzusetzen?
12. Welche Erfahrungen gibt es in anderen Kommunen oder auf Landesebene mit ähnlichen Koordinationsverfahren?
13. Welche Ressourcen (Personal, technische Systeme) wären erforderlich, um ein zentrales Koordinationsverfahren zu etablieren?
14. Kann sich die Stadt Kassel dem von Branchenverbänden geforderten „Fairplay-Agreement“ anschließen oder eigene Initiativen starten? (HNA 07.08.2026)

Begründung:

Tiefbauarbeiten im öffentlichen Raum sind eine unverzichtbare Voraussetzung für die Instandhaltung und den Ausbau der städtischen Infrastruktur. In Kassel werden regelmäßig Straßen, Gehwege und öffentliche Flächen aufgerissen, um Leitungen zu verlegen, Kanäle zu erneuern, Fernwärme- und Stromnetze auszubauen oder Glasfaserkabel zu installieren.

In der Praxis führt dies jedoch häufig dazu, dass in einigen Straßen und Quartieren zeitlich nah beieinander oder sogar gleichzeitig Tiefbauarbeiten verschiedener Akteure durchgeführt werden – mit der Folge, dass Gehwege und Straßen mehrfach aufgerissen werden, obwohl eine koordinierte Ausführung möglich wäre. Medienberichte und Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen, dass dies zu unnötigen Belastungen für Anwohnende, zu höheren Kosten und zu vermeidbaren Verkehrsbehinderungen führt.

Zwar haben die Unternehmen nach eigenen Angaben bereits begonnen, ihre Baumaßnahmen besser abzustimmen, jedoch fehlt bislang eine verbindliche, von der Stadt gesteuerte Koordination, die sicherstellt, dass Tiefbauarbeiten im öffentlichen Raum grundsätzlich gebündelt und effizient ausgeführt werden. Die Stadt Kassel hat als Genehmigungsbehörde für Straßenaufbrüche im öffentlichen Raum die Möglichkeit, hier steuernd einzugreifen.

Um eine fundierte politische Entscheidungsgrundlage zu schaffen, ist es erforderlich, zunächst den aktuellen Stand der Koordination, die bestehenden Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Akteuren sowie das Potenzial zur Vermeidung unnötiger Belastung der Bevölkerung durch z.B. doppelte Tiefbauaufwände durch die Verwaltung erheben zu lassen.

Berichterstatte/-in: Stadtverordneter Christoph Zeidler

gez. Esther Kalveram gez. Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende Fraktionsvorsitzende